



Mitteilungen der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der neu gewählte Vorstand sowie die Vertreterversammlung haben ihre Arbeit aufgenommen und in der ersten Vertreterversammlung der neuen Legislaturperiode über Perspektiven der Kammerarbeit beraten. Es bestand Einigkeit, dass für die Öffentlichkeitsarbeit der Kammer Konzepte zu entwickeln sind, damit die Kammer noch mehr als bisher unter den Mitgliedern, in der Politik und Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Wie schon in den vergangenen Jahren wollen wir mit Fortbildungen über Praxisübergabe und allgemeine oder spezifische Berufsordnungsfragen unsere Mitglieder unterstützen.

Wir können feststellen, dass die Kammer zunehmend mehr von verschiedenen Seiten wahrgenommen und als Expertengremium um Unterstützung gebeten wird. Die Verbesserung der „Frühen Hilfen“ durch bessere Vernetzung aller Beteiligten ist ohne die Kammer nicht mach-

bar. Deshalb waren wir überrascht, dass wir nicht wie selbstverständlich zu den Beratungen der KV hinzugezogen wurden – „beruhigend“ war, dass auch an die Ärztekammer nicht gedacht worden war. Beide Kammern wurden dann auf unsere Intervention hin doch noch eingeladen.

Landwirtschaftsministerium und der Tierschutzbund fragten an, um mehr über die psychologischen Hintergründe von Animal Hoarding und Behandlungsmöglichkeiten für die Betroffenen zu erfahren. Dieses pathologische Verhalten unkontrollierten und verwahrlosten und für die Tiere quälenden Ansammelns von Tieren ist zwar selten, nimmt jedoch in den letzten Jahren nach Berichten der Amtstierärzte und Tierschützer besorgniserregend zu.

Erfreulich ist, dass die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen KV-Zulassungsquote verbessert wird, wenn auch der Beschluss

des G-BA nicht verändert wurde und erst Sitze in den mit weniger als 10% versorgten Bezirken ausgeschrieben werden.

Wir gehen davon aus, dass die Regelungen der Versorgung durch den drohenden Mangel an Ärzten in den nächsten Jahren intensiv diskutiert werden wird. Die schon jetzt diskutierten Vorschläge, Kollegen durch Honorarabschläge in „überversorgten“ Bezirken dazu zu motivieren, in Bezirke mit niedriger Versorgung zu gehen, können angesichts der generell überwiegend mangelhaften psychotherapeutischen Versorgung kein adäquates Steuerungsinstrument sein. Die Diskussion beginnt erst, wird uns aber sicher in nächster Zeit vermehrt beschäftigen.

Ihr Kammervorstand

*Dietrich Munz, Martin Klett,
Kristiane Göpel, Birgitt Lackus-Reitter
und Roland Straub*

Vertreterversammlung am 20.03.2010

Am 20.03.10 fand die 2. Vertreterversammlung (VV) der neuen Legislaturperiode der Kammer statt. Der Präsident, Dr. Dietrich Munz, berichtete von den Aktivitäten der LPK in den letzten Wochen seit der konstituierenden Sitzung am 30.01.2010. Im Anschluss daran stellte er die Schwerpunkte der zukünftigen Kammerarbeit vor. Unter anderem nannte er dabei die anstehenden Psychotherapeutentage und öffentliche Veranstaltungen für 2010 und 2011. Eine Veranstaltung am 10.07.10 wird sich mit der therapeutischen Verantwortung in der Psychotherapie und deren juristischer Umsetzung beschäftigen. Als weitere Auf-

gaben benannte der Präsident die Durchführung von Kammer-Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen Berufsrecht, Praxisgründungen, spezifische Themen für angestellte Psychotherapeuten etc.

Weiter auf der To-Do-Liste der VV standen einige Satzungsänderungen sowie organisatorische Änderungen innerhalb der Geschäftsstelle und die Überprüfung der EDV-Struktur.

Zukünftig soll die Arbeit der Kammerausschüsse besser koordiniert und vernetzt werden. Dazu hat bereits ein erstes Treffen der Ausschussvorsitzenden und des

Vorstandes stattgefunden. Die interne und externe Öffentlichkeitsarbeit soll effektiver gestaltet und hierzu nach einem Antrag von Friedrich Gocht bis zur nächsten VV ein Vorschlag unterbreitet werden.

Ein weiterer Antrag von Rolf Wachendorf zur Kritik an der Vergütung psychotherapeutischer Leistungen im Basistarif der Privaten Krankenversicherungen wurde ausführlich diskutiert. Die Kritik an der völlig unzureichenden Vergütung im Basistarif wurde einhellig geteilt, die Versammlung lehnte den Antrag in seiner Stoßrichtung gegen die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV),

die das bezüglich der Vergütung psychotherapeutischer Leistungen unzureichende Verhandlungsergebnis mit herbeigeführt hatte, dennoch ab. Die Hintergründe des Verhandlungsergebnisses wurden ebenso wie die aktuellen Aktivitäten auf Bundesebene bezüglich dieser Angelegenheit vorgestellt und diskutiert. U. a. wurde darauf hingewiesen, dass eine gemeinsame Stellungnahme des Gesprächskreises II, der Arbeitsgemeinschaft aller maßgeblichen psychotherapeutischen Berufsverbände, an die KBV übermittelt wurde, worin die Kritik am Verhandlungsergebnis formuliert ist.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden dann Sigrun Schade, Sonja Hecht, Dr. Gerd Blaser und Willi Kempf als Ersatz-Delegierte für die VV des Versorgungswerks gewählt.

Die Rechnungsführerin, Birgitt Lackus-Reitter, stellte anschließend die Daten und Kennzahlen des vorläufigen Haushalts- und Bilanzberichts 2009 der Kammer vor. Zusammenfassend liegen demnach die voraussichtlichen Gesamtausgaben leicht über dem veranschlagten Plan. Die voraussichtlichen Einnahmen liegen jedoch deutlich darüber, so dass die Liquidität der Kammer sehr gut gesichert ist.

Danach stellten die einzelnen Ausschüsse der Versammlung die Planung ihrer Arbeit der kommenden vier Jahre vor.

In dem Haupttagesordnungspunkt der Vertreterversammlung „Zukunft der Psy-

chotherapieausbildung“ führte Peter Lehnendorfer, Vorstandsmitglied der BPTK, mit einer Präsentation ein, in der er die verschiedenen Optionen einer möglichen Veränderung der Psychotherapieausbildung vorstellte. Nach ausführlicher Diskussion wurde eine Resolution zur Abstimmung gebracht, mit dem Titel „Verantwortbare Psychotherapie benötigt eine hohe wissenschaftlich-akademische Grundqualifikation“. Darin appelliert die Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg an ihre Bundesdelegierten, am 8. Mai 2010 auf dem 16. Deutschen Psychotherapeutentag mit einem Beschluss initiativ zu werden, mit dem der Gesetzgeber aufgefordert wird, den Masterabschluss als Zugangsvoraussetzung für die Ausbildungen der Berufe zum Psychologischen Psychotherapeuten (PP) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP) im Psychotherapeutengesetz zeitnah zu verankern.

Weiter wird in dieser Resolution gefordert, dass die bestehenden Qualifikationsgrundlagen der Psychologie, unter besonderer Berücksichtigung der Klinischen Psychologie sowie der sozialpädagogischen und pädagogischen Studiengänge, deren Inhalte insbesondere für die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten ein Qualitätsmerkmal sind, gewahrt bleiben und weiterhin (zukünftig auf Masterniveau) die Voraussetzungen für den Zugang zu den beiden Psychotherapieausbildungen bilden. Diese Resolution (nachzulesen unter

www.lpk-bw.de) wurde von der Versammlung einstimmig verabschiedet.

Abschließend wurden einige Anträge der Neuen Gemeinsamen Liste diskutiert und abgestimmt. Ein Antrag zur Reduzierung des Kammerbeitrages für Neu-Approbierte wurde an den Haushaltsausschuss überwiesen, ein weiterer Antrag auf Veröffentlichung ausgeschriebener Sitze für PP, KJP und ärztliche Psychotherapeuten auf der LPK-Homepage mit großer Mehrheit angenommen.

Neben der Diskussion zur Nachfolgeregelung für die PiA-VertreterInnen in der VV, die ihren Status mit der staatlichen Prüfung verlieren, wurden noch Anträge zum Versorgungswerk behandelt. Ein Antrag zur Gleichstellung eingetragener Partnerschaften wurde zurückgezogen, da die Autonomie der VV des Versorgungswerks und deren Vertreter zu beachten ist und hierzu bereits eine Initiative mit Unterstützung des Kammervorstands erarbeitet wird.

Ein weiterer Antrag beschäftigte sich mit therapeutischen Angeboten durch Ergotherapeuten, die in ihrer Formulierung und Beschreibung Psychotherapieangebote, insbesondere verhaltenstherapeutische, nahe legen. Die Versammlung beschließt, dass der Vorstand das Anliegen an die BPTK heranträgt, um das Thema bundesweit zur Kenntnis und Bearbeitung zu bringen.

Der Sitzungsleiter, Herr Fünfgeld, beendete die Vertreterversammlung um 16:15 Uhr.

Neue Sitze für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten

Nachdem auch in Baden-Württemberg die Bedarfsplanung bezüglich der im SGB V 3 101 (4) festgelegten 20%-Quote für Leistungserbringer, die ausschließlich Kinder und Jugendliche behandeln, neu errechnet wurde, stehen die Zahlen für die neu hinzukommenden KJP-Sitze fest.

Da nach dem Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses aber zunächst in allen Zulassungsbezirken ein Anteil von 10% an KJP-Leistungserbringern erreicht sein muss, bevor alle weiteren Bezirke mit bis zu 20% mit neuen KJP-Sitzen versorgt werden können, müssen zunächst die Bezirke besetzt

werden, die noch unter 10% liegen. Demnach werden im Ärzteblatt Baden-Württemberg aktuell 2,5 Praxissitze, einer im Landkreis Heilbronn, 1,5 weitere in der Stadt Karlsruhe ausgeschrieben. Die Bewerbungsfrist endete am 26.4.2010. In den nächsten Sitzungen der beiden zuständigen Zulassungsausschüsse (Stuttgart und Karlsruhe) wird dann über die eingegangenen Bewerbungen nach den üblichen Kriterien entschieden. Sobald die 2,5 Sitze rechtskräftig besetzt sind, werden dann weitere Sitze ausgeschrieben, bis in allen Bezirken die 20%-Quote erreicht ist. Die KV Baden-Württemberg geht davon aus, dass dann 38,5 weitere Sitze in folgenden

Kreisen ausgeschrieben werden (jeweilige Anzahl in Klammern):

Emmendingen (1), Rottweil (1), Tuttlingen (2), Stadt Karlsruhe (11), Mannheim (8), Pforzheim (3), Calw (1), Enzkreis (2), Alb-Donau-Kreis (1), Ulm (1), Landkreis Heilbronn (4), Stadt Heilbronn (2), Hohenlohekreis (0,5) und Ostalbkreis (1).

Wenn die 2,5 Sitze bald nach der Ausschreibung besetzt werden können, dann werden die weiteren Sitze bereits im Sommer 2010 ausgeschrieben. Damit ist das langjährige Bemühen der LPK um eine

bessere (ambulante) Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher endlich kurz vor ihrer Umsetzung.

Interessierte KollegInnen sollten sich im Ärzteblatt Baden-Württemberg nach den KJP-Ausschreibungen erkundigen oder di-

rekt bei ihren zuständigen Zulassungsausschüssen nachfragen.

AG „Standortfaktor im Gesundheitswesen“ – erste Arbeiten der Projektgruppen

Wie berichtet, ist die LPK in drei Projektgruppen der AG „Standortfaktor Gesundheit“ im Rahmen der „Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg“ vertreten: PG „Gesundheitsziele“ (durch Dr. D. Munz und C. Dietrich), „Gesundheitsberichterstattung“ und „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ (beide Dr. R. Nübling).

Am 11.3.2010 fand eine erste Sitzung der Projektgruppe zur Umsetzung von Gesundheitsziele.de in Baden-Württemberg im Landesgesundheitsamt statt. Als Hauptziele wurden u. a. die Vermeidung von Depression sowie von betrieblich bedingten psychischen Belastungen und Erkrankungen diskutiert. Für das erste Ziel spricht die aufgrund ihrer hohen Prävalenz inzwischen enorme volkswirtschaftliche Bedeutung der Depression. Bei den arbeitsbedingten Erkrankungen sind die psychischen Belastungen und Erkrankungen, wie auch die Auswertung von Krankenversicherungsdaten durch die BPTK

zeigt, zwischenzeitlich eine der häufigen Ursachen für Krankschreibung und Frühberentung. Hier zu intervenieren und psychosoziale Belastungssituationen zu identifizieren sowie die Früherkennung und Frühintervention bei psychisch besonders belasteten Mitarbeitern sollte Bestandteil betrieblicher Gesundheitsförderung werden. Als weiteres Gesundheitsziel wurde die Förderung körperlich und psychisch gesunder Kinder diskutiert. Zwischen den Teilnehmern von Gesundheitsämtern, Krankenkassen, Rentenversicherung, Hochschulvertretern, der Landesärztekammer, der LPK, der KV u. a. bestand hierbei Einigkeit, dass dieses Ziel neben Sozialprävention auch Früherkennung psychischer Belastung und Einbeziehung der Eltern in die Projektarbeit bedeutet. Kinder kranker Eltern bedürfen hierbei besonderer Beachtung.

Das erste Treffen der PG „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ fand am 5.3.2010

ebenfalls im LGA statt. Auch in dieser Projektgruppe spielen die psychischen Aspekte und Faktoren eine herausragende Rolle und zwar sowohl hinsichtlich potentieller Gefährdungen im Arbeitsleben (z. B. bei Mobbing, extremem Zeitdruck, permanenten Überforderungen) als auch bzgl. Arbeitszufriedenheit, Zusammenarbeit im Team, Führungsverhalten u. ä. Bedeutsam sind dabei auch, vor allem in mittleren und größeren Unternehmen, die Schnittstellen zum Qualitätsmanagement und zur Unternehmensphilosophie. Die PG hatte sich in ihrem ersten Treffen auf einen Fahrplan festgelegt, der bis zum Herbst zum nächsten Gesundheitsforum Eckpunkte der Strategie zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement formulieren soll.

Weitere Infos finden Sie unter www.sozialministerium-bw.de → Themen → Gesundheitsförderung und Prävention.

Tätigkeitsbericht 2005-2009

Vorstand, Ausschüsse und Geschäftsstellenmitarbeiter haben gemeinsam einen Tätigkeitsbericht für die vergangene Wahlperiode erstellt. Der Bericht stellt eine um-

fassende Dokumentation der wesentlichen Arbeitsschwerpunkte der LPK in den vergangenen vier Jahren dar. Der Bericht steht auf der Homepage der LPK als Download

zur Verfügung (ab wann stand bei Redaktionsschluss Ende April noch nicht eindeutig fest; auf der Homepage werden wir dazu ausführlich berichten).

Animal Hoarding – krankhaftes Sammeln von Tieren

Gemeinsam führten das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg und der Landestierschutzverband Baden-Württemberg eine Fachtagung über Animal Hoarding durch. Die Kammer wurde gebeten, hierzu psychische Hintergründe und Lösungsansätze für die betroffenen Tiersammler darzustellen. In der mit etwa 150 Teilnehmern überraschend gut besuchten Veranstaltung führte Kammerpräsident Dr. Dietrich Munz hierzu aus, dass Animal Hoarding ähnlich wie das Messie-Syndrom Ausdruck psychischer Probleme mit starkem

Suchtcharakter ist. Gekennzeichnet ist das Animal Hoarding dadurch, dass die Betroffenen oft in einer engen Wohnung oder in begrenztem Gebiet sehr viele Tiere halten und nicht mehr ausreichend versorgen bzw. pflegen können. Auf der Tagung wurde über Einzelfälle berichtet, nach denen jemand mit über 100 Katzen oder Kaninchen oder über 200 Meerschweinchen in einer vollkommen verschmutzten Wohnung lebte. Erste systematische Untersuchungen aus den USA zeigen, dass die Betroffenen aus unterschiedlichen psychischen Motiven heraus die Tiere halten:

Um sie zu züchten, um sie zu retten oder um sie zu pflegen. Die Tierhaltung gerät ihnen dann außer Kontrolle, sie sind nicht in der Lage, sich ausreichend und adäquat um die Tiere zu kümmern, diese beispielsweise sterilisieren zu lassen. Werden den Betroffenen wegen der vollkommenen Vernachlässigung der Tiere und auch wegen eigener gesundheitlicher Gefährdung die Tiere weggenommen, ist auffallend, dass die meisten innerhalb kurzer Zeit wieder beginnen, Tiere zu sammeln, was rasch wieder entgleist. In den USA wird diskutiert, ob Animal Hoarding diagnos-

tisch als eigenes Krankheitsbild oder als Ausdruck einer multimorbiden psychischen Störung zu sehen ist. Zwischen den Tagungsreferenten, Tierärzten, Tierschützern und Juristen bestand Einigkeit, dass für die betroffenen Animal Hoarder psychosoziale Betreuung erforderlich ist,

wenn ihnen aus Gründen des Tierschutzes die Tiere weggenommen werden müssen. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen aus den USA, dass es sehr schwierig ist, die Betroffenen in Psychotherapien zu vermitteln. Weiterhin bestand Einigkeit, dass Tierärzte, Tierschutzvereine und die

Öffentlichkeit möglichst objektiv, ohne Stigmatisierung der Betroffenen, über Animal Hoarding informiert werden sollten, denn es besteht die Gefahr, dass eine vorilige Verurteilung der Betroffenen wegen der tierquälerischen Vernachlässigung der Tiere stattfindet.

„Frühe Hilfen“ – Vernetzung lokaler Angebote mit vertragsärztlichen Qualitätszirkeln

Am 24.02.2010 lud die KVBW zu einer Besprechung in die Bezirksdirektion Stuttgart ein, um über die Vernetzung lokaler Angebote im Rahmen der „Frühen Hilfen“ mit vertragsärztlichen Qualitätszirkeln zu diskutieren. Es waren Vertreter von Verbänden der Kinder- und Jugendpsychotherapeuten, Kinder- und Jugendärzte, der Kinder- und Jugendpsychiater, der Gynäkologen, der kommunalen Jugendhilfe und sowohl der Psychotherapeuten- als auch der Ärztekammer anwesend. Die KV ergriff diese Initiative, um sich über die bisherigen Aktivitäten der Kammern und Berufsverbände im Bereich der Maßnahmen zum Schutz vernachlässigter bzw. misshandelter Kinder auszutauschen. Das Resümee der Diskussion machte deutlich, dass nur eine Vernetzung aller beteiligten Akteure eine

sinnvolle Hilfe für gefährdete Kinder darstellen könne, unter Beachtung und Würdigung der einzelnen Person des Patienten und dessen Recht auf Schweigepflicht und Diskretion.

Mechthild Paul, Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung, Zentrum Frühe Hilfen, erläuterte in einem kurzen Vortrag die bisherigen Hilfsmaßnahmen aus rechtlicher Sicht. Zentraler Vortrag des Nachmittags war die Vorstellung des geplanten Modellprojekts „Vernetzung lokaler Angebote im Rahmen Früher Hilfen mit vertragsärztlichen Qualitätszirkeln“, das unter Leitung von Prof. Dr. Siebolds, Sysko GmbH Köln entworfen wurde. Das Projekt wendet sich an alle an der Behandlung und Betreuung von Kindern und Familien Beteiligten. Es

sieht vor, dass eine Lenkungsgruppe ein Curriculum entwirft, nachdem aus unterschiedlichen Berufsgruppen Qualitätszirkel gebildet werden. Anhand Fallbesprechungen soll in diesen QZ der jeweilige Einzelfall aus dem Blick der unterschiedlichen Professionen beurteilt und dem jeweiligen Behandler verschiedene fachliche Möglichkeiten der weiterführenden Therapie und/oder weiterer Maßnahmen aufgezeigt werden können.

Die Lenkungsgruppe wird für das Curriculum 1 ½ Jahre benötigen. Die KV wird ein Finanzierungskonzept für die Qualitätszirkel erarbeiten; danach sollen flächendeckend über Baden-Württemberg KollegInnen für dieses Projekt beworben werden.

Landespsychotherapeutentag 2010 – Verantwortung in der Psychotherapie: Abstinenz aus fachlicher und juristischer Sicht

Der Vorstand der LPK BW lädt zu einem (kleinen) Landespsychotherapeutentag nach Stuttgart zum Thema „Verantwortung in der Psychotherapie: Abstinenz aus fachlicher und juristischer Sicht“ ein. Die Fachtagung findet statt am

**10.07.2010, 13.00-17.00 Uhr
im Haus der Wirtschaft, Stuttgart-Mitte.**

Bereits 2008 wurden bei einer von der Kammer organisierten Fachtagung Beschwerdefälle über psychotherapeutische Behandlungen zur Diskussion gestellt. Seinerzeit ging es um Überlegungen, eine Ombudsstelle bei der LPK einzurichten. Im Blick auf den rechtssicheren Umgang mit Patienten, deren Rechte und Folgen für den Therapeuten aus möglichen Abstinenzverletzungen heraus, möchten wir die teilweise divergierenden Sichtweisen aus

psychotherapeutischer und rechtlicher Sicht bearbeiten. Die bei der Kammer bezüglich der Abstinenzverletzungen eingehenden Beschwerdefälle und deren kammergerichtliche Bearbeitung lassen erkennen, dass es z. T. erhebliche Divergenzen im Hinblick auf die rechtliche und die psychotherapeutische Beurteilung dieser Beschwerdefälle gibt. Diese Veranstaltung soll ein erster Schritt sein, um mit den damit befassten Akteuren der Heilberufekammern, der Juristen und den KollegInnen in einen gemeinsamen Austausch einzutreten. Insbesondere zwei Fragestellungen sollen dabei vorrangig diskutiert werden:

- Bedarf es in der Berufsordnung der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg einer Erweiterung, um die Anliegen der Patienten zu würdigen?

- Welche rechtlichen Sanktionen sind bei Abstinenzverletzung angebracht?

Nach einleitenden Vorträgen und der Darstellung von diesbezüglichen Musterfällen soll in einer Podiums- und Plenardiskussion dieses Problemfeld intensiv diskutiert werden. Wir würden uns sehr freuen, wenn dieser Fachtag Ihr Interesse finden würde und Sie Ihre Teilnahme ermöglichen könnten.

Geschäftsstelle

Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart
Mo – Do 9.00 – 12.00, 13.00 – 15.30 Uhr
Tel. 0711 / 674470 – 0
Fax 0711 / 674470 – 15
info@lpk-bw.de; www.lpk-bw.de